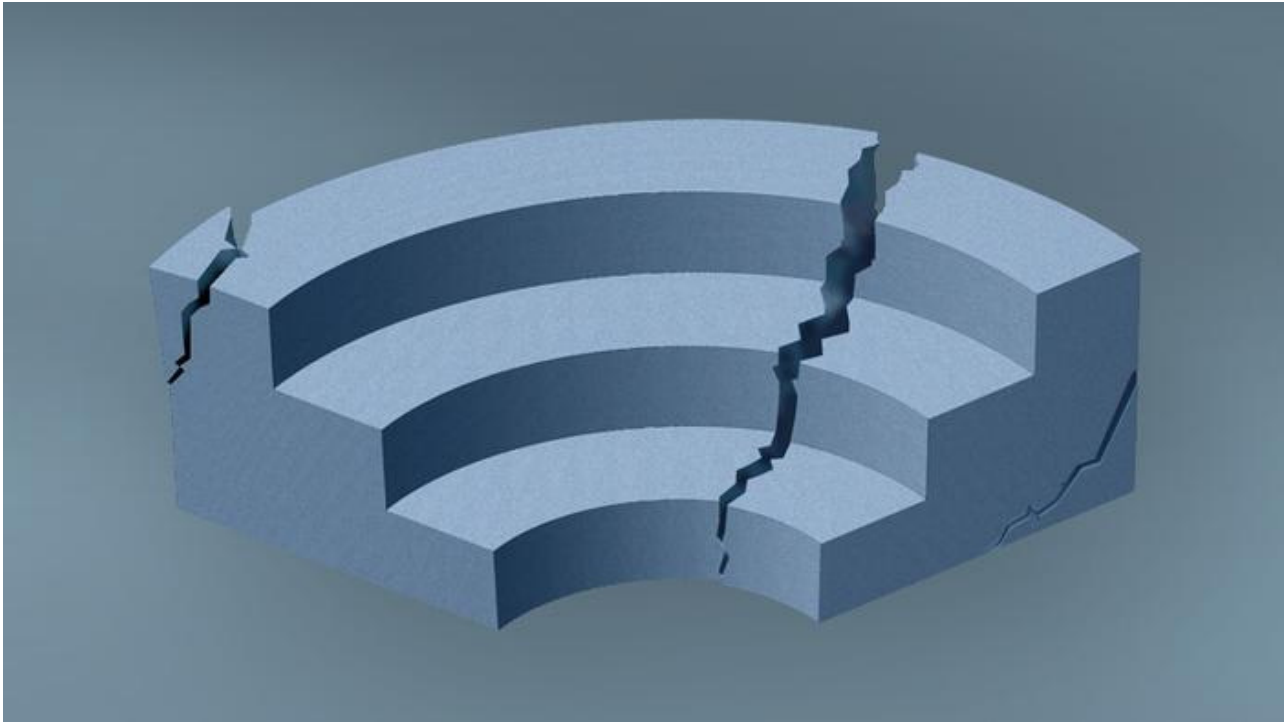


TELEPOLIS

Die Demokratien zerlegen sich selbst

05.06.2016 – Wolfgang J. Koschnick



In repräsentativen Demokratien wirkt eine geradezu unheimliche, säkulare Dynamik der Selbstzerstörung, die es in anderen politischen Strukturen in dieser Nachhaltigkeit und Wirkmächtigkeit nicht gibt. Sie entfaltet in diesen Tagen, Wochen und Monaten ihre verhängnisvolle Wirkung und löst in den meisten Ländern der Europäischen Union eine Krise des politischen Willensbildungsapparats aus, an deren Ende der totale Zusammenbruch oder das allmähliche Abgleiten der Demokratien in präfaschistische Strukturen stehen könnte.

Der Erosionsprozess begann vor Jahrzehnten in den 1950er und 1960er Jahren fast beschaulich. Bis dahin beherrschten Weltanschauungsparteien die politische Szene. Sie waren Sammelbecken ideologischer Orientierung, kraftvoller Ausdruck sozialer Lagen und gesellschaftlicher Lager. Das gab ihnen Fundament, Farbe, Idee, Ethos, Antrieb und Personal. Ihre Anhänger verstanden sich selbst dann noch als Gesinnungsgemeinschaften, als sie das schon längst nicht mehr waren.

Im Streben, für möglichst viele Wähler attraktiv zu sein, mutierten die Weltanschauungsparteien von einst zu Volks- oder Allerweltparteien ("catchall parties") und verloren dadurch nach und nach ihr klares Profil und mit ihm auch ihre Wähler. Der Parteienwettbewerb entpolitisierte sie substanziell. In den Allerweltparteien ringen nicht mehr soziale Lebenswelten mit unterschiedlichen Entwürfen für eine gute Politik und

Gesellschaft.

Und nun folgte Schritt für Schritt und unerbittlich der lange Marsch ins politische Nichts. Um die Mehrheit der Wähler zu erreichen, unterhalten die Volksparteien viel zu enge Verbindungen zu Interessenverbänden, die ihnen im Gegenzug ein Massenreservoir leicht zugänglicher Wähler bieten.

Diese Verbindungen sind aber notwendig, weil die Wählerschaften der Volksparteien keine langfristigen Parteibindungen haben und angesichts der bis auf Details und Äußerlichkeiten gleichen Parteiprogramme politisch desillusioniert sind. Die Wähler und Wählerinnen haben "bei der Wahl keine Wahl" und verhalten sich apathisch. Somit werden auch Wahlergebnisse beliebig.

Nach und nach bluten die Allerparteien aus - und gefährden dadurch ihren eigenen Bestand. Es ist diese selbstzerstörerische Eigendynamik, die in allen repräsentativen Demokratien als machtvoll wirkende Kraft besteht und über Jahrzehnte das Ende der letzten Reste demokratischer Prozesse herbeiführt.

Volksparteien bluten nach und nach aus

Das beschreibt den heute erreichten Stand der politischen Parteienlandschaften in der demokratischen Welt. Die Bürger wissen längst, dass etwas faul ist im Staate, und zwar in jedem - ob das nun die USA, Deutschland, Frankreich, Österreich oder Japan ist. Den Parteimitgliedern mangelt es an ideeller Motivation; sie verlassen die schwerfälligen Apparate zu Hundertausenden. Den Parteiführern fehlen die Maßstäbe und Leitsterne für ihr politisches Handeln; sie eiern desorientiert und visionslos durchs Universum der Politik.

Die Milieuforschung hat vielfältige Belege dafür geliefert, dass die Mitte der Bevölkerung überzeugt ist, man sei längst in nachdemokratische Zustände abgedriftet. Die Mitte wendet sich von der Politik ab. Und so sind Parteien nur noch Repräsentanzen siech vor sich hindämmernder Lebenswelten.

Sie bilden ein eigenes Biotop, das den Mangel an demokratischer Zuwendung von unten fast vollständig durch die Alimentation von oben, durch den Staat, kompensieren lässt. Deshalb brauchen die politischen Parteien in allen entwickelten Demokratien immer höhere Millionenbeträge aus Steuermitteln, um überhaupt wenigstens am Tropf zu überleben ... und verlieren dadurch wiederum Millionenscharen von Wählern, die ihnen nicht mehr über den Weg trauen.

Das treibt sie und die Politiker noch auswegloser an den Tropf der Alimentation durch öffentliche Geldquellen. Im Überlebenskampf klammert sich die demokratische Politik an die Geldtöpfe des Staates und tötet dadurch die letzten Reste demokratischen Lebens. Ein Kreislauf ohne Ende.

Fast alle politischen Parteien in westlichen Demokratien leben von öffentlichen Finanzmitteln. Sie streichen nicht bloß gewaltige Summen ein. Sie sind buchstäblich und im Wortsinne nicht lebensfähig ohne die Riesensummen, die sie sich selbst bewilligen.

Regierungsbeteiligung, mittels derer man sich die Zuarbeit von Beamten, Referenten, Sekretariaten sichert, ist essenziell für den Fortbestand der politischen Organisation geworden. Ohne könnten sie keine zwei Tage in der Wildbahn der Freiheit überleben. Die politischen Parteien sind im wahren Sinn des Wortes staatlich alimentierte Schmarotzer.

Diese Entwicklung hat in Jahrzehnten in allen entwickelten Demokratien stattgefunden und die bestehenden politischen Verhältnisse in ihr Gegenteil verkehrt: Sie hat die Demokratien in substanzlose Oligarchien umgewandelt. Der Prozess hat heute in den meisten Demokratien einen existenzbedrohenden Höhepunkt erreicht.

Die Demokratien befinden sich in voller Auflösung, alle Volksparteien verlieren ihren letzten Rückhalt. Die Vertreter der einst etablierten Parteien haben gute Gründe, den kommenden Wahlen in fast allen europäischen Ländern mit Fracksausen entgegensetzen. Überall geht der Ruck nach rechts und überall bestehen berechtigte Befürchtungen um die Zukunft von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Selbst in den USA wächst die Erkenntnis, dass die bramarbasierenden Sprüche von Donald Trump nur noch eine Haaresbreite von der faschistischen Rhetorik Benito Mussolinis und Adolf Hitlers entfernt sind. Einige der zentralen Forderungen Trumps - gewaltsame Deportationen, pauschale Einreiseverbote für Muslime oder die Verschärfung von Folter - tragen faschistoide Züge.

Nie zuvor sei die amerikanische Demokratie "so reif für eine Tyrannei" gewesen wie heute, warnt der Publizist Andrew Sullivan und vergleicht die Situation mit der späten Weimarer Republik. Die USA zeigen nach Ansicht führender Faschismusforscher Symptome der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts in Europa. Nie war Amerika dem Faschismus so nahe wie heute.

Mehrmals forderte der Republikanische Bewerber um die Präsidentschaft seine Anhänger dazu auf, die rechte Hand zu heben und ihm die Gefolgschaft zu geloben: "Ich schwöre, dass ich - egal wie ich mich fühle, egal wie die Verhältnisse sind, ob es Hurrikane oder andere Hindernisse gibt - für Trump als Präsidenten stimmen werde", lautet der feierliche Schwur.

Zehntausende hoben ihren rechten Arm und schworen. Und das ist nicht bloß geschmacklos. Amerikanische Kommentatoren zogen den Vergleich zu Adolf Hitler. Offenbar ist Amerika - und nicht nur Amerika - auf dem Höhepunkt der demokratischen Entwicklung anfällig für einen autoritären und stramm nationalistischen Führer geworden.

Selbst in Japan breiten sich extremer Nationalismus und Militarismus unter Ministerpräsident Shinzo Abe aus. Die Leugner japanischer Kriegsverbrechen wittern Morgenluft. Die Anhänger der extremen Rechten sind erstaunlich präsent in der Öffentlichkeit und können unbehelligt von der Polizei ihr Unwesen treiben. In Japan findet eine bösartige Kampagne von extremen Nationalisten statt, die das Ziel verfolgt, jeden Widerstand gegen die Geschichtsverfälschungen der Regierung zu unterdrücken.

Die Kampagne, mit der Abe und andere rechte Nationalisten versuchen, die Kriegsverbrechen der japanischen Armee zu verharmlosen, dient eindeutigen, aktuellen politischen Zielen. Angesichts des globalen Wirtschaftszusammenbruchs und wachsender geopolitischer Spannungen betreibt die Regierung Abe eine Remilitarisierung, um die Interessen des japanischen Imperialismus wie in den 1930er und 1940er Jahren mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

In den letzten beiden Jahren hat Abe schrittweise den Militärhaushalt erhöht und die japanische Verfassung so "uminterpretiert", dass "kollektive Selbstverteidigung", also die Teilnahme an amerikanischen Angriffskriegen, erlaubt ist. Inzwischen ist ein neues Gesetz über Staatsgeheimnisse in Kraft, das große Teile der Regierung vor der Kontrolle der Öffentlichkeit abschirmt.

Schon merkwürdig: Von den USA über Europa bis hin nach Japan finden in allen entwickelten Demokratien ähnliche Erosionsprozesse statt, die man als nachhaltigen Rechtsruck bis hin zur Faschisierung der bestehenden Gesellschaften bezeichnen kann, und keiner will's gemerkt haben. Überall sind die Demokratien in höchster Gefahr.

In Europa und namentlich in Deutschland hat man jahrzehntelang all diese Entwicklungen in Richtung "Rechts" und "Faschismus" mit dem Totschlagargument abgebügelt, das sei Politikverdrossenheit und schon deshalb strikt abzulehnen.

Das leichtfertige Gerede von der "Politikverdrossenheit" suggeriert die absolut abwegige Implikation, es handele sich dabei um ein Problem der Bürger. Die seien geistig verwirrt, müde, schlapp, lustlos und antriebsarm. Sie befänden sich auf einem gefährlichen Irrweg und litten an einer schwer heilbaren Gemütskrankheit. Gerade darin liegt die Infamie des psychologisierenden Begriffs für ein Phänomen, das mit Psychologie nichts zu tun hat, sondern mit Politik und politisch verhärteten Strukturen.

Man müsse denen nur wieder Appetit auf die Freuden des demokratischen Lebens machen. Dann geht's flugs wieder bergauf. Deshalb sprechen viele Wissenschaftler und erst recht die meisten Politiker, die sich mit dem "Problem der Politikverdrossenheit" beschäftigt haben, von der "Therapie", als handele sich um eine Art Depression.

Mit Penizillin gegen die Politikverdrossenheit

Besonders amtierende Politiker sind da in ihrer hochmütigen Anmaßung völlig hemmungslos. Der CDU-Politiker und große Heiler politischer Gebrechen Wolfgang

Bosbach ("Nur wenn die Diagnose richtig ist, kann auch die empfohlene Therapie wirksam sein.") kommt erst gar nicht auf die Idee, dass der Grund oder gar die Schuld für die Verdrossenheit irgendwo anders als in den verwirrten Köpfen der Bürger zu suchen sein könnte.

So betont er den Gedanken, dass ein Politiker es nun mal schwer hat. Alle wollen etwas von ihm. Alle zerran an ihm: "Es jedem recht zu machen, und jeden Wunsch zu erfüllen, ist (auch in der Politik) leider ein klassischer Fall objektiver Unmöglichkeit. Zu oft gibt es widerstreitende Interessen. Gerade deshalb sollten Politiker und Parteien ihre Entscheidungen nicht nur verkünden, sondern sorgfältig begründen, damit sie nachvollzogen werden können." Wenn die das tun, kämen die Bürger erst gar auf die Idee, in Verdrossenheit zu schwelgen, schreibt Bosbach. So einfach ist das. Man muss nur wissen, wie es geht...

Und ganz und gar fremd ist ihm der Gedanke, dass die Bürger gute Gründe haben könnten, sich von der Politik zurückzuziehen und in Millionenmassen die Mitgliedschaft in politischen Parteien aufzugeben.

Schließlich seien alle, die in die Politik gehen, ja, die besseren Menschen, auf jeden Fall aber die besseren als alle anderen: "Die Vorurteile gegenüber Politik und Politikern sind seit langem bekannt: 'Politisch Lied - ein garstig Lied', heißt es in Faust I, und 'Politik verdirbt den Charakter', ist auch so ein Satz, der gerne zitiert wird. Zugegeben: Es mag Charaktere geben, die die Politik verderben, aber wieso politisches Engagement für die Charakterbildung schädlich sein soll, konnte bis heute niemand überzeugend erklären. Wer sich nicht durch vorschnelle Urteile von der politischen Arbeit abhalten lassen will, sollte sich ein eigenes Bild von Politik und Partei machen, und auch hier gilt: Runter von der Tribüne, rauf auf das Spielfeld - und besser machen!"

In der CSU war man 2011 gar der Ansicht, Karl-Theodor zu Guttenberg sei gar wie "Penizillin gegen die Politikverdrossenheit" und könne deshalb im Wahlkampf gut helfen.

Doch der Begriff der Politikverdrossenheit führt in die Irre, suggeriert er doch, die Verdrossenheit der Leute sei die Quelle des Problems. In Wahrheit ist das Gegenteil wahr: Die Politik hat das Vertrauen der Bevölkerung erst missachtet und dann verspielt. Verdrossenheit ist keine launische Verwirrung der Menschen. Es ist die Reaktion der breiten Bevölkerung auf die Missachtung ihres allgemeinen Wohls durch die gewählten Repräsentanten und ihre Politik.

Es passt ins Bild, dass die amtierenden Politiker die "Politikverdrossenheit" jahrzehntelang mit albernen öffentlichen Auftritten aus der PR-Mottenkiste unter Kontrolle zu bringen versucht haben: Sie traten im Fernsehen auf, der eine in der Idiotensendung "Big Brother" ("Man muss die Leute auch ein bisschen für Demokratie, für Politik interessieren, damit sie nicht weggucken."), der andere in "Gute Zeiten, schlechte Zeiten".

Auch durch Plakatwerbung versuchte man immer wieder, das politische Interesse der Bevölkerung mit Werbeplakaten zu wecken. Politik soll als Animatorsaufgabe für gute Laune sorgen und alle Verdrießlichkeit vertreiben. Dahinter stand stets die Überlegung, wenn es schon Produzenten gelingt, mit Hilfe von Reklame Produkte zu verkaufen, dann kann man bestimmt auch Politikbegeisterung mit Werbung erzeugen.

Doch weil sie die wahren Verhältnisse erst auf den Kopf stellten und dann interpretierten, glaubten die Politiker allen Ernstes, sie könnten sich mit ein bisschen Propaganda gegen Politikverdrossenheit aus der selbsterzeugten Patsche helfen, die darauf zielte, die frohe Botschaft vom fabelhaften Funktionieren der Demokratie "rüberzubringen" und das Problem durch Kommunikation von oben nach unten aus der Welt zu schaffen.

Das ist ein kreuzabsurder und zutiefst verlogener Ansatz: Die Herrschenden bringen das einfältige Volk mit Hilfe von Propaganda und allerlei PR-Kunststückchen wieder dazu, den Glauben an seine eigene Herrschaft zu bewahren. Deutlicher können Politiker ihr manipulatives Verständnis von Demokratie gar nicht zeigen.

Und zumindest eine stattliche Reihe von Wissenschaftlern hat sich durch die semantische Verlogenheit des Begriffs der "Politikverdrossenheit" ebenso willig instrumentalisieren lassen und das Verdrossenheitspferd von hinten aufgezügelt.

So gab es Studien, die untersuchten, ob "die Skandalberichterstattung der Medien Effekte auf die Einstellungen der Bürger zur Legitimität des politischen Systems hat" und bei denen es zu prüfen galt, ob die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung der Medieninhalte ein Faktor ist, der bei der Untersuchung von Medienwirkungen berücksichtigt werden muss."

Auch wenn einige dieser Studien am Ende ein relativ differenziertes Urteil fällten und feststellten, dass politische Skandale nur eine von zahlreichen Ursachen für politische Unzufriedenheit sind, ist die Ausgangsposition falsch, weil sie exogene Faktoren untersucht und den Beitrag der Politik auf die Unzufriedenheit mit der Politik als zu vernachlässigenden Faktor betrachtet. Das ist so absurd wie die Vermutung, dass die Gäste ein bestimmtes Speiselokal vermeiden, weil sie unter Depressionen leiden und nicht etwa wegen des schlechten Essens, das es dort gibt. Bloß: Gastronomen erkennen den Denkfehler sofort. Wissenschaftler sind sich da nicht so sicher.

Da eiert dann so manche Untersuchungen dermaßen lächerlich um den heißen Brei herum, dass man sich mitunter fragen könnte, ob denn in den wissenschaftlichen Instituten lauter Idioten umherlaufen.

So formulierte eine Studie, schließlich sei ja "die Entwicklung von einem wahrgenommenen Regelverstoß zu einer allgemeinen Empörung hervorrufenden politischen Skandal überaus komplex und von zahlreichen Einflussfaktoren abhängig, wobei die Aufmerksamkeit, die die Massenmedien den angezeigten Missständen und Verfehlungen widmen, als eine zentrale Größe für den Karriereverlauf von Skandalen

identifiziert wurde.

Darüber hinaus ist es nicht nur denkbar, dass politische Skandale Politikverdrossenheit fördern, sondern die umgekehrte Variante - das Anwachsen der Zufriedenheit mit den politischen Parteien, ihren Repräsentanten und der Demokratie - ist (sofern politische Skandale nicht überhand nehmen, wie dies etwa in Italien der Fall ist) bei erfolgreicher Skandalisierung von Missständen und Verfehlungen sowie einer Sanktionierung der verantwortlichen Personen ebenso plausibel." Wie denn? Wo denn? Was denn? Und so geht das in einem fort. Besonders beliebt ist die Fragestellung, welche Eigenschaften des Medienangebots für die Entstehung von Politikverdrossenheit von Bedeutung sind. Die stellen dann voller Erstaunen fest, das liege vor allem am Negativismus - was immer das auch sein könnte - und der Skandalberichterstattung oder an noch viel abwegigeren Dingen, die sich ein weltfremder, kleinkariert vor sich hin brütender Wissenschaftler in seinem Kopf so ausdenkt.

Vermutet wird aber auch, dass Politainment einen negativen Einfluss haben könnte. So wurden in einem Fall die theoretisch plausiblen Wirkungen von unterschiedlichen Unterhaltungs- und Politainmentformaten erörtert und dann empirisch untersucht. Im Fokus der Studie stand die Frage, welchen Einfluss Nutzung und Bewertung politischer Unterhaltungsformate (= Politainment, wie zum Beispiel Talkshows oder politische Satire) auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Politik haben.

Erste Ergebnisse zeigten dann auch, dass sich die Fans dieser Politainmentformate selbst als politisch desinteressierter einschätzen als die Fans von "klassischen" Informationsangeboten. Drum haben die Politainment-Fans generell eine negativere Einstellung zur Effektivität des politischen Systems, zur Responsivität und Integrität politischer Akteure und gehen seltener zur Wahl als Info-Fans. Ja, dass da vorher noch keiner draufgekommen ist!

Man fragt sich, was denn der Sinn solcher Untersuchungen ist, wenn nicht einfach Schrott zu produzieren, den andere Schrottproduzenten für neue Dissertationen und andere Studien verwursten können. Soll sich jetzt jemand Kommunikationsstrategien ausdenken, die Rezipienten von Talkshows davon abhalten, Talkshows anzuschauen? Oder soll man darüber nachdenken, Talkshows zu verbieten? Quatsch mit wissenschaftlicher Soße bleibt nun einmal Quatsch mit wissenschaftlicher Soße.

Den Vogel abgeschossen hat indes unzweifelhaft eine Studie über den Beitrag der ZDF-Satire "heute show" zur Politikverdrossenheit. Darin heißt es allen Ernstes: "Vorwürfe, die 'heute show' würde zu einer Politikverdrossenheit beitragen, können ... infolge einer kurz- bis mittelfristigen Rezeption nicht bestätigt werden." Große Erleichterung. "Vielmehr deutet sich an, dass die Rezeption der 'heute show' bei 18- bis 26-Jährigen zu einer Art Verdrossenheit gegenüber Politikern führt." Schlussfolgerung? Muss man jetzt besonders heftige PR-Maßnahmen auf 18- bis 28jährige Menschen richten, damit die wieder auf Linie kommen und von ihrer frevelhaften Verdrossenheit

ablassen? Manchmal kann es einen in die Verzweiflung treiben, was so alles im Gewande der Wissenschaftlichkeit an krausem Zeuch daherstolziert kommt...

Verdrossenheit oder Verdruss?

Bloß die Frage, ob denn die praktische Politik, das über Jahrzehnte beobachtbare politische Geschehen oder gar die politischen Entscheidungsstrukturen etwas zur Politikverdrossenheit in einem Lande beitragen könnten, scheint die Wissenschaft nicht sonderlich zu interessieren. Doch genau da liegt der Hase im Pfeffer.

Wenn man nämlich die Bürger befragen würde, würden die antworten: "Wir sind politikverdrossen, weil die Politiker aller politischen Parteien uns dafür Tausende von guten Gründen liefern. Nicht die Verdrossenheit ist das Problem, sondern eine Politik, die nur Verdruss bereitet."

Die gewissermaßen urdemokratische Gesellschaft der Gleichen und vor allem Gleichberechtigten, die miteinander in einer horizontalen Sozialbeziehung standen, hat sich im Verlauf vieler Jahrzehnte zur Gesellschaft der Ungleichen und vor allem Ungleichberechtigten gewandelt, die in einer vertikalen Sozialbeziehung zueinander stehen. Historisch gesehen hat die Herrlichkeit der Illusion von demokratischer Gleichheit und Gleichberechtigung nur eine kurze Zeit gedauert. Dann sind die vordemokratischen Strukturen mit voller Wucht als je zuvor wieder durchgeschlagen.

Doch die in praktisch allen etablierten Demokratien herrschende und sich kontinuierlich weiter ausbreitende Politikverachtung kann nur Gründe haben, die im System der etablierten Demokratien selbst ruhen. Das System "repräsentative Demokratie" selbst hat die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Und wenn sich die Verantwortungsträger weiter gegen die Erkenntnis wehren, dass der Niedergang der Herrschaftsform "Demokratie" bereits in vollem Gange ist, dann wird das Ende der Demokratie unvermeidlich sein und gewissermaßen über Nacht über alle hinwegbrechen. Und wenn sie sich einmal nicht mehr dagegen wehren sollten, ist es auch längst viel zu spät.

Wolfgang J. Koschnick ist Autor des Buchs "Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr. Das Ende einer Illusion. Westend Verlag 2016.

URL dieses Artikels:

<http://www.heise.de/-3227609>